

Gebührenfalle Schleswig-Holstein?

Schleswig-Holstein – eines der wenigen Bundesländer, in denen man noch gebührenfrei studieren kann – hat so viele Studenten wie nie zuvor. Doch wie lange noch? Ab wann es auch im Norden Studiengebühren gibt, hängt nur noch an der Entscheidung des Kabinetts.

Flensburg/roh – Noch ist das Erststudium in Schleswig-Holstein gebührenfrei – mit ein Grund für viele Erstsemester, ihr Studium im nördlichsten Bundesland zu starten. Doch das könnte sich bald ändern, denn die Pläne der Landesregierung liegen fertig in der Schublade. Auch Schleswig-Holstein wird voraussichtlich Studiengebühren einfüh-

ren. „Ich würde gerne noch möglichst lange auf Studiengebühren verzichten“, sagt Prof. Dr. Werner Schurawitzki, Rektor der Fachhochschule (FH) Flensburg, der die zu geringe Absolventenquote Deutschlands im internationalen Vergleich bemängelt. „Eine Gebühr für Langzeitstudenten ist nicht unangemessen, da diese zum Teil Labor- und

Praktikplätze blockieren“, sagt Schurawitzki.

Nach Prof. Dr. Heiner Dunckel sind nachgelagerte Studiengebühren – Akademiker-Kredit – in Ordnung, wenn zwei Punkte erfüllt sind. Erstens dürfe niemand dadurch vom Studieren ausgeschlossen werden. Zweitens müsse das Geld zu 100 Prozent den Hochschulen zukommen. „Das Finanzierungsproblem der Hochschulen ist so aber nicht gelöst“, sagt Dunckel.

Was sagen die Flensburger Studenten zu Studiengebühren? „Vorteile wären mehr Profs, bessere Lernmittel und höhere Qualität“, sagt die 24-jährige Wiebke Neumann, die im letzten Semester Internationales Management an der Uni studiert und deshalb sowieso „mit dem Thema durch“ ist.

„Der Nachteil sind die finanziellen Probleme, die sozial benachteiligte Studenten durch Gebühren bekommen können“, meint die Hamburgerin.

Leif Auga studiert im ersten Semester Betriebswirtschaft an der Fachhochschule. Als der 23-Jährige

seine Uni wählte, waren die



Wiebke Neumann



Susan Anklam Fotos: roh



Leif Auga



Evi Goes

sie okay“, sagt Goes.

fehlenden Studiengebühren mit ein Grund dafür, dass er sich in Flensburg einschrieb. „Ich glaube nicht, dass Studiengebühren den Studenten im Sinne von Hochschulverbesserung zugute kommen werden“, sagt Auga. Außerdem seien 500

Euro zu hoch, maximal 200 Euro seien nach Auga angemessen. „Bei Langzeitstudenten könnte man Gebühren einführen“, meint Auga, der sein Studium in Regel-

studienzeit durchziehen will.

Die 21-jährige Evi Goes aus Norderstedt studiert Heimat- und Sachunterricht (HSU) sowie Deutsch als Fremdsprache (DAF) an der Uni. „Wenn Studiengebühren den Studenten wirklich zugute kommen, sind

Susan Anklam ist Erstsemesterin in Maschinenbau an der Fachhochschule. „Studiengebühren finde ich eher nicht so gut“, sagt die 20-Jährige. An eine großartige Qualitätssteigerung des Studiums durch die Gebühren glaubt sie nicht.

Wollen die Flensburger Parteien Gebühren? „Ich wundere mich über die soziale Fragwürdigkeit, dass man für einen Kindergartenplatz zahlen muss, während das Studium kostenlos ist“, sagt Ratsherr Peer Egtved (CDU). Nach der stellvertretenden Stadtpräsidentin Barbara Philipsen (SPD) sollte man sensibel prüfen, wen man mit Studiengebühren belaste. Auch die Vorsitzende Ratsherrin Meike Bruhns (FDP) ist wie der stellvertretende Stadtpräsident Franz Eder und Uwe Lorenzen, Fraktionsvorsitzender der Grünen, gegen Gebühren, „dazu habe ich selbst zu ausschweifend studiert“, sagt Bruhns.

Studiengebühren in der Diskussion

Noch streitet sich die Koalition in Schleswig-Holstein: Die CDU will vom Wintersemester 2007/08 an Studiengebühren, die FDP ist für die Einführung so genannter nachgelagerter Gebühren, die erst am Studiumsende fällig werden und ihrer Meinung nach sozialverträglicher seien. SPD und Grüne wollen das Erststudium gebührenfrei halten. Das Wissenschaftsministerium unter Dietrich Austermann (CDU) hat parallel zum neuen Hochschulgesetz einen Gesetzentwurf über die Einführung von Studiengebühren vorbereitet, um die Gebühr – sobald die Koalitionsentscheidung getroffen ist – einzuführen. Schleswig-Holstein wolle weder eine Vorreiterrolle noch eine Insellösung gegenüber den anderen gebührenfreien Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg und Sachsen, so Austermann. In Hamburg müssen bereits ab dem Sommersemester 2007 Studiengebühren von 500 Euro gezahlt werden. Die Hochschulen erhalten dadurch jährlich rund 46 Millionen Euro mehr für Qualitätsverbesserung. Parallel wird ein Darlehensprogramm für Studenten etabliert, mit dem die Gebühren sozialverträglich abgesichert würden.

„Ich würde gerne noch auf Studiengebühren verzichten“

Werner Schurawitzki, Rektor der Fachhochschule Flensburg